

Pyrotechnik, Politik und Umweltschutz: Potentiale für umweltpolitische Instrumente

Ziel dieser Masterarbeit war es, ein geeignetes umweltpolitisches Instrument zur Reduktion von Feuerwerksemissionen zu finden, da diese Emissionen vielfältig negative Wirkungen auf Mensch und Umwelt haben. Wiederkehrend zu Silvester wird das Abbrennen von Feuerwerkskörpern in der Gesellschaft kontrovers diskutiert. Sowohl Umweltschutzverbände und Feuerwerksgegner als auch Feuerwerksbefürworter und die Vertreter der Pyrotechnik-Branche sowie der Handel haben stichhaltige Argumente für ihre Positionen.

Fakt ist, dass durch das Abbrennen von Feuerwerkskörpern Feinstaubemissionen, umweltschädliche Reaktionsprodukte, die sich in den Umweltkompartimenten anreichern, Abfall, Lärm sowie Unfälle und Sachschäden entstehen. In Anbetracht der Klimakrise und den Nachhaltigkeitszielen der Bundesregierung, stellt sich die Frage, welche Maßnahmen zur Regulierung von Feuerwerksemissionen möglich wären.

Nach Multiple Streams Ansatz von John W. Kingdon befinden sich im Policy-Strom alle möglichen Lösungsvorschläge der Policy Community, also der Spezialisten eines Politikbereichs. Es wurden vier Vorschläge für Policy-Maßnahmen ausgewählt: ein Verwendungsverbot für Privatpersonen, die Möglichkeit zur Einrichtung von Verbotszonen durch die Kommunen, eine Emissionssteuer auf Feuerwerkskörper und eine freiwillige Selbstverpflichtung der Pyrotechnik-Branche umweltfreundlichere Produkte herzustellen (z. B. durch die Substitution umweltschädigender Inhaltsstoffe und/oder des Verzichts auf Kunststoffbestandteile).

Anhand einer prospektiven Evaluation wurden die voraussichtlichen Auswirkungen dieser Policy-Vorschläge untersucht. Um herauszufinden, welcher der vier Vorschläge die besten Chancen hätte, tatsächlich auf die politische Agenda zu gelangen und ggf. in die kommende Novelle des Sprengstoffgesetzes einzufließen, wurden die fünf Survival-Kriterien des Multiple Stream Ansatzes und ein zusätzliches Kriterium zur Bewertung der Umweltrelevanz verwendet.

Die Besteuerung von Feuerwerkskörpern zeigte in der Auswertung die negativste Prognose auf. Die Umsetzung würde u. a. erhebliche Verwaltungskosten erzeugen und wenig öffentliche Akzeptanz finden. Auch die Akzeptanz der Policy Community wäre voraussichtlich nicht gegeben, da Steuern ein unübliches Instrument im Sprengstoffrecht sind. Der Vorschlag des Verbots für Privatanwender hat das Einzelkriterium der Umweltrelevanz am besten erfüllt, da sich so ca. 80% der Feuerwerksemissionen einsparen ließen. Insgesamt ähnlich gut wurde der Vorschlag der kommunalen Einschränkungsmöglichkeiten bewertet. In der Gesamtbewertung lagen diese beiden Vorschläge knapp hinter dem Vorschlag einer freiwilligen Selbstverpflichtung der Pyrotechnik-Branche. Die Herausforderung liegt bei diesem Vorschlag vor allen in der notwendigen Überzeugungsarbeit, welche man in der Branche leisten müsste, damit diese einer Vereinbarung mit der Bundesregierung zustimmen würde. Forschungsergebnisse für geeignete Substitutionsstoffe, auf welche die Branche zurückgreifen könnte, liegen bereits vor. Durch eine positiv verlaufende freiwillige Selbstverpflichtung umweltfreundlichere Produkte herzustellen, würde die Branche ihr Image aufbessern und gesetzliche Regulierungen vermeiden, was das Hauptargument für sie sein dürfte. Freiwillige Selbstverpflichtungen haben sich in der Umweltpolitik bereits vielfach bewährt, und werden immer öfter auch in anderen politischen Bereichen eingesetzt. Es bedarf eines Akteurs, der diese Idee in der Policy Community populär macht und vorantreibt.

Schlagworte: Feuerwerksemissionen, umweltpolitische Instrumente, Sprengstoffrecht, prospektive Evaluation, Multiple Streams Ansatz.